

Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin

## **Der Aufstand der Zuständigen. Was kann der Rechtsstaat gegen Rechtsextremismus tun?**

Konferenz, 20. März 2007, Berlin

Vortrag

**Claudia Schmid**

Leiterin Verfassungsschutz Berlin

### **Welche Instrumente braucht eine effektive staatliche Verfolgung rechtsextremer Aktivitäten und Straftaten?**

Bevor ich die Instrumente der staatlichen Verfolgung von Rechtsextremismus thematisiere, ist es wichtig, das aktuelle Lagebild des Rechtsextremismus darzustellen. Folgende Fragen stehen dabei im Zentrum: Mit wem haben wir es eigentlich zu tun? Von wem gehen Gefahren aus? Wie äußert sich Rechtsextremismus? Welche Aktionsformen gibt es?

Um Rechtsextremismus und Gegenstrategien bewerten zu können, müssen auch die Einstellungen der Bevölkerung zum Rechtsextremismus berücksichtigt werden. Darauf wird hier kurz eingegangen. Abschließend werden geeignete Gegenstrategien und Instrumente staatlicher Verfolgung näher erläutert.

#### **1. Aktuelles Lagebild des Rechtsextremismus in Berlin**

Das *rechtsextremistische Personenpotenzial* in Berlin hat sich im vergangenen Jahr von etwa 2400 auf knapp 2200 Personen reduziert. Damit setzte sich der zahlenmäßige *Rückgang* des Vorjahres fort. Diese Entwicklung ist vor allem Folge einer Verringerung der Anzahl der Neonazis sowie der rechtsextremistischen Parteimitglieder mit Ausnahme der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD). Bis 2004 hatten die Neonazis starken Zulauf, seither geht ihr Personenpotenzial stetig zurück. Bei rechtsextremistischen Parteien in ihrer Gesamtheit sinkt erstmals seit Jahren die Mitgliederzahl unter die Marke von 1000 Personen. Die Anzahl der subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten stagniert.

Der Berliner Verfassungsschutz unterteilt die *Risikofelder* im rechtsextremistischen Spektrum wie folgt:

- Parlamentsorientierter Rechtsextremismus
- Aktionsorientierter Rechtsextremismus
- Diskursorientierter Rechtsextremismus.

### **Parlamentsorientierter Rechtsextremismus**

Unter den rechtsextremistischen Parteien verläuft die *Mitgliederentwicklung unterschiedlich*. Während die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) – sowohl im Bundesgebiet als auch in Berlin – abermals zulegen konnte (in Berlin stieg die Mitgliederzahl von 190 auf 220), haben die übrigen Parteien aufgrund von Überalterung und mangelnder Dynamik Mitglieder verloren. Die NPD profitiert seit Ende 2004 sowohl von einer erfolgreichen strategischen Bündnispolitik als auch von einer Aufbruchsstimmung in weiten Teilen des Rechtsextremismus infolge einiger Wahlerfolge. Ihre Zunahme in Berlin dürfte zum größten Teil auf Verschiebungen innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums zurückgehen. Wie schon im Vorjahr kann sich die NPD als Gewinnerin der „Volksfront“-Strategie im Bundesgebiet und in Berlin sehen.

Der NPD gelang es im Jahr 2006, sich zum *zentralen rechtsextremistischen Akteur in Berlin* zu entwickeln. Die Partei konnte ihren Ende 2005 begonnenen Aufschwung fortsetzen und sich als Ansprechpartner für alle rechtsextremistischen Spektren Berlins etablieren. Zunächst hat sie ihre organisatorischen Strukturen durch die Gründung von drei neuen Kreisverbänden insbesondere im Westteil der Stadt ausgebaut. Innerhalb von drei Monaten erhöhte sie die Anzahl ihrer Kreisverbände von fünf auf acht und deckt somit heute das gesamte Stadtgebiet ab. Inhaltlich zeigte die NPD ein Bemühen um regional- und kiezbezogene Themen, was in einige örtliche Kampagnen mündete. Zudem erstellte sie für die Berliner Abgeordnetenhauswahl am 17. September 2006 ein „Aktionsprogramm“, in dem die zentralen Positionen und Forderungen zusammengefasst wurden.

Daneben ist eine *enge Zusammenarbeit der NPD mit anderen rechtsextremistischen Akteuren Berlins* zu erkennen. Unter anderem stellte sich die NPD als Anmelderin zahlreicher Demonstrationen zu Themen des Kameradschafts- und des Musiknetzwerks zur Verfügung. Von dem damit verbundenen Ansehensgewinn innerhalb der rechtsextremistischen Szene profitierte die Partei insbesondere bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus (2,6 Prozent Zweitstimmen) und zu den Bezirksverordnetenversammlungen. So konnte sie in dem personal- und materialaufwändig geführten Wahlkampf auf die Unterstützung zahlreicher aktionsorientierter Rechtsextremisten zurückgreifen. Dieser Vorteil und die fehlende Konkurrenz durch andere rechtsextremistische Parteien führten dazu, dass die NPD bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen in vier Bezirken die Dreiprozenthürde überspringen und insgesamt elf Mandate erringen konnte.

## **Aktionsorientierter Rechtsextremismus**

Analytisch kann man im Bereich des organisierten aktionsorientierten Rechtsextremismus zwei voneinander abgegrenzte „Personennetzwerke“ unterscheiden: das „*Netzwerk Kameradschaften*“ und das „*Netzwerk Musik*“. In beiden Netzwerken stehen jeweils ca. 150 bis 200 Rechtsextremisten sporadisch und anlassbezogen miteinander in Kontakt. Die beiden Netzwerke zeigen weder in ihrer Ideologie noch in der Gewaltbereitschaft entscheidende Differenzen. Dennoch bestehen *Unterschiede*: Während das „*Netzwerk Musik*“ durch fest gefügte Cliquen geprägt ist, die kaum Rekrutierungsbemühungen entfalten, besteht das „*Netzwerk Kameradschaften*“ aus autonomen Aktionsgemeinschaften und Kameradschaften, die durch eine offensive Rekrutierungstätigkeit gekennzeichnet sind. Während das Durchschnittsalter der Mitglieder des „*Netzwerks Musik*“ bei Mitte 30 liegt, sind die Mitglieder des „*Netzwerks Kameradschaften*“ im Durchschnitt Anfang 20 und weisen eine wesentlich kürzere Verweildauer im Netzwerk auf.

Im „*Netzwerk Kameradschaften*“ nahmen 2006 sowohl die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten als auch die Anzahl der namentlich agierenden Personenzusammenschlüsse ab. Der „Märkische Heimatschutz – Sektion Berlin“ (MHS) erklärte im November 2006 seine Auflösung, und auch die übrigen konventionellen Kameradschaften zeigten keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten. Dagegen setzte sich der im Jahr 2005 begonnene Trend fort, weniger offen und stärker in *anlassbezogenen, autonomen Kleingruppen* aufzutreten. Diese Kleingruppen beschäftigen sich vornehmlich mit der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern („*Anti-Antifa*“). Infolge dessen kam es in der zweiten Jahreshälfte zu einer Reihe von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten. Als ein geographischer Schwerpunkt hat sich dabei seit einigen Jahren der „*Weitlingkiez*“ herausgebildet. Entscheidend hierfür ist insbesondere die hohe Symbolkraft dieser Gegend. Auch wenn der Kiez derzeit von Linksextremisten, aber auch von einigen Bürgern offenbar als rechtsextremistische Hochburg empfunden wird, agieren hier – prozentual zur Wohnbevölkerung – nur eine kleine Anzahl von Rechtsextremisten.

Die Personenzusammenschlüsse des rechtsextremistischen „*Netzwerks Musik*“ setzten 2006 ihre Aktivitäten fort. So veröffentlichten „*Legion of Thor*“ und „*Walaskialf*“ zwei neue Tonträger, die jedoch eher gemäßigte, nordisch-germanische Texte enthalten. Ansonsten fanden in Berlin im Jahr 2006 – wie bereits im Vorjahr – keine rechtsextremistischen Konzerte statt (mit einer Ausnahme). Zwei Konzerte konnten von der Polizei verhindert werden. Die traditionelle Jahresfeier der „*Vandalen*“ wurde offensichtlich aufgrund der polizeilichen Exekutivmaßnahmen in den vergangenen Jahren in ein abgelegenes Gebiet in Brandenburg verlegt.

## **Diskursorientierter Rechtsextremismus**

Öffentliche Aufmerksamkeit erfuhren die *Prozesse wegen Volksverhetzung gegen die prominenten rechtsextremistischen Revisionisten* Ernst Zündel, Germar Rudolf,

und Siegfried Verbeke vor dem Mannheimer Landgericht. Insbesondere der Prozess gegen Zündel sowie ein Verfahren gegen Revisionisten im Brandenburgischen Bernau sollten von Berliner Anhängern des „Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV) dazu genutzt werden, die historische Tatsache des Holocaust zu widerlegen. Diese Taktik schlug jedoch ebenso fehl wie der Versuch der propagandistischen Instrumentalisierung der Gerichtsverfahren.

Die *große Bedeutung der Widerlegung des Holocaust* innerhalb des diskursorientierten Rechtsextremismus zeigte sich auch an den Reaktionen auf die israelfeindlichen und holocaustleugnenden Äußerungen des iranischen Präsidenten Mahmud Achmadinedschad und der von iranischen Stellen organisierten Konferenz „Review of the Holocaust: Global Vision“ am 11./12. Dezember 2006. Achmadinedschad wurde von zahlreichen rechtsextremistischen Personenzusammenschlüssen als Kronzeuge gegen die Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft zum nationalsozialistischen Judenmord und dessen Gedenken in der Bundesrepublik herangezogen.

## **2. Einstellungen in der Bevölkerung**

Auch wenn der Verfassungsschutz nicht die Einstellungen einzelner Individuen analysiert und kontrolliert, sind die Ergebnisse wissenschaftlicher Studien in diesem Themenbereich eine wichtige Grundlage für unsere analytische Arbeit.

So ergab eine Analyse der Politologen Richard Stöss und Oskar Niedermayer aus dem Jahr 2005, dass etwa *6 Prozent der wahlberechtigten Berliner Bevölkerung ein rechtsextremistisches Weltbild* haben (im Jahr 2000 waren es noch 12 Prozent, im Jahr 2002 10 Prozent). Dabei konnten keine Unterschiede zwischen den Ost- und Westbezirken festgestellt werden. Das rechtsextremistische Potenzial war in der Altersgruppe der 65- bis 74-Jährigen mit 12,1 Prozent am höchsten.

Insgesamt kann als Ergebnis der zahlreichen Einstellungsuntersuchungen festgehalten werden, dass in Deutschland etwa *5 bis 15 Prozent* der Bevölkerung ein rechts-extremes Weltbild haben.

## **3. Gegenstrategien – Instrumente staatlicher Verfolgung**

Der Verfassungsschutz arbeitet auf drei Strategieebenen:

- Informationsbeschaffung
- Informationsbearbeitung
- Informationsweitergabe.

Der Verfassungsschutz *beobachtet und analysiert extremistische Bestrebungen*. Er informiert Entscheidungsträger und staatliche Institutionen auf der einen Seite und die allgemeine Öffentlichkeit auf der anderen Seite über die Ergebnisse.

Die *Beratung von Entscheidungsträgern und staatlichen Institutionen* kann sowohl strategische Beratung mit langer Zeitperspektive als auch die kurzfristige Zulieferung

zu Exekutivmaßnahmen umfassen. Die Zusammenarbeit mit der Berliner Polizei funktioniert ausgezeichnet – ohne sie wären viele Exekutivmaßnahmen gegen den Rechtsextremismus nicht möglich gewesen. Die enge Kooperation basiert auf der gemeinsamen Einschätzung, *dass der Rechtsextremismus mit allen uns gesetzlich zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden muss.*

Diese Betonung von Repressionsstrategien negiert nicht die Tatsache, dass es sich beim Rechtsextremismus um ein *gesellschaftliches Phänomen* handelt. Staatliche Sanktionen alleine lösen das Problem nicht. Ein Schwerpunkt bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus liegt in der *Prävention*, an der alle gesellschaftlichen Kräfte mitwirken müssen. Dennoch spielen im Kampf gegen den Rechtsextremismus *staatliche Sanktionen* eine ganz entscheidende Rolle, da sie klare Trennlinien und Grenzen aufzeigen. So können auch die finanziellen Ressourcen des Rechtsextremismus beschnitten werden. Die Produktion und der Handel mit rechtsextremistischer Musik ist eine der wenigen Quellen materieller Ressourcen des Rechtsextremismus. Um dies zu unterbinden, hat Berlin in den vergangenen Jahren eine strikte Strategie umgesetzt.

Ich möchte zur Verdeutlichung einige Beispiele nennen: das Vorgehen gegen die Bands „White Aryan Rebels“, „D.S.T.“, „Landser“ und „Spreegeschwader“. Das Kammergericht Berlin hat 2004 Mitglieder der Band „Landser“ gemäß § 129 StGB als Angehörige einer *kriminellen Vereinigung verurteilt* – ein bislang einmaliges Urteil mit starkem Symbolcharakter. Darüber hinaus ist es Rechtsextremisten seit dem Jahr 2000 praktisch nicht mehr gelungen, rechtsextremistische Konzerte in Berlin zu veranstalten (mit einer Ausnahme), ohne dass durch die Polizei – oft nach Informationen des Verfassungsschutzes – diese Konzerte aufgelöst worden wären. Die Band „Speegeschwader“ wurde mehrfach daran gehindert, an Konzerten im Ausland teilzunehmen. Rechtliche Grundlage waren hier *passbeschränkende Maßnahmen*. Darüber hinaus wurden fünf CDs rechtsextremistischer Berliner Bands von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPJM) indiziert. Die *Indizierung* eines Medienträgers hat das Verbot der Werbung und des Verkaufes im frei zugänglichen öffentlichen Raum zur Folge.

An dieser Stelle ist es mir wichtig zu betonen, dass es uns nicht um die Musik selber geht. Diese kann über das Internet nahezu unbegrenzt verbreitet werden. Entscheidender ist vielmehr der *finanzielle und soziale Aspekt* rechtsextremistischer Musik. Konzerte sind ein wichtiger sozialer „Event“ für das „Netzwerk Musik“. Durch die Unterbindung von Konzerten beeinträchtigen wir auch die Kommunikation im Netzwerk.

Uns liegen viele Hinweise darüber vor, dass diese „zero tolerance“-Politik des Landes Berlin Auswirkungen auf den Rechtsextremismus hat. Innerhalb des Rechtsextremismus hat sich Berlin mittlerweile den Ruf erworben, ein unkomfortabler, schwieriger Ort zu sein. Mit diesem Ruf können wir sehr gut leben.

Geschwächt wurde die organisierte rechtsextremistische Szene auch durch die *Verbote der Kameradschaften „Tor“ und „Berliner Alternative Süd-Ost“* im Frühjahr 2005. (Beide Kameradschaften haben Rechtsmittel eingelegt, so dass die Verbote noch

nicht rechtskräftig sind). Im Jahr 2006 setzte sich der Trend fort, weniger offen und stärker in anlassbezogenen, autonomen Kleingruppen aufzutreten. Die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten und die Anzahl der namentlich agierenden Personenzusammenschlüsse nahmen ab. Im November 2006 erfolgte die Auflösung des "Märkischen Heimatschutz – Sektion Berlin" (MHS), die übrigen konventionellen Kameradschaften zeigten keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten und auch der im Vorjahr mit großem Aufwand versuchten Wiederbelebung der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) war keine lange Lebensdauer beschieden. Diese Strategie, identifizierbare Strukturen zu minimalisieren, zielt darauf ab, weiteren Vereinsverboten zu entgehen. Die Einstellungen der Personen kann man mit Verboten zwar nicht ändern, aber man behindert sie dennoch in ihren Aktionen und erschwert es ihnen, neue Anhänger zu finden.

Neben der eher klassischen Rolle des Verfassungsschutzes als Berater von Entscheidungsträgern spielt für uns die Rolle als *Berater der allgemeinen Öffentlichkeit eine zunehmend wichtige Rolle*. Wie schon erwähnt handelt es sich beim Rechtsextremismus um ein gesellschaftliches Phänomen, das nicht nur durch staatliche Repressionsmaßnahmen bekämpft werden kann. Obwohl wir Repressionsmaßnahmen als notwendig und effizient betrachten, haben wir unsere Bemühungen im Bereich der Beratung der allgemeinen Öffentlichkeit insbesondere durch die Bereitstellung empirischer Informationen über den Rechtsextremismus verstärkt.

Diese strategische Dimension der Verfassungsschutzarbeit ist eine eher neue Entwicklung. Aus meiner Sicht besteht kein Widerspruch zwischen *Beteiligung am öffentlichen Diskurs* und Verfassungsschutzarbeit. Der Verfassungsschutz bietet ein „Produkt“ mit großer Nachfrage an, nämlich Informationen über Sicherheitsrisiken. Um dieser Nachfrage nachkommen zu können, haben wir verschiedene „Produkte“ und Strategien entwickelt, die ich Ihnen kurz vorstellen möchte.

Neben dem jährlichen Verfassungsschutzbericht gibt es die *Publikationen der „Info-Reihe“* und die *„Im Fokus“-Studien*. Die Info-Broschüre über Symbole und Kennzeichen des Rechtsextremismus findet seit Jahren einen sehr hohen Absatz, weil rechtsextremistische Symbole im Alltag immer wieder auftauchen und Pädagogen, Polizisten oder auch Eltern hier Informationen für Handlungssicherheit brauchen.

Die „Im Fokus“-Studien beschäftigen sich vertiefend mit einzelnen Themen des Extremismus und Terrorismus. Seit 2002 haben wir insgesamt vier Studien zu den Themen rechtsextremistische Skinheads (2002), Antisemitismus (2004), Islamismus (2005) und rechte Gewalt (2005) veröffentlicht. Geplant ist eine Studie über linke Gewalt. In all diesen Publikationen werden die Ergebnisse des wissenschaftlichen Diskurses verstärkt berücksichtigt.

Besonders erwähnen möchte ich hier die Studie über *rechte Gewalt*, die auch in der Wissenschaft auf großes Interesse stieß. Es handelt sich um die erste Studie in Deutschland, die eine Analyse rechter Gewalt auf Grundlage von Polizei-Ermittlungsakten mit einem geographischen Ansatz verbindet. Wie schon erwähnt besteht die Hauptgefährdung durch den Rechtsextremismus in geographisch ein-

grenzbaren Räumen. Deshalb ist der Ansatz der *Geographisierung des Rechtsextremismus* von besonderer Bedeutung, auch im Hinblick auf die Entwicklung von Gegenstrategien. Rechtsextremismus ist kein abstraktes Phänomen, sondern hat einen „Ort“. Um ihn bekämpfen zu können, gilt es, unsere Informationen über den Rechtsextremismus an diesen Ort rückzukoppeln. Insofern sind „Landkarten des Rechtsextremismus“ mehr als bloße Illustration, sondern ein wichtiges analytisches Werkzeug mit hoher Relevanz für die Bekämpfung.

Als zweites Produkt der Öffentlichkeitsarbeit möchte ich noch unsere *Beratungstätigkeit an Schulen, in Polizeidirektionen, Bezirken und Nichtregierungsorganisationen* erwähnen, also jenen Institutionen, die direkt in Kontakt mit Rechtsextremisten kommen. Unsere Vortragstätigkeit hat das Ziel, Informationen über und Argumente gegen den Rechtsextremismus anzubieten. Darüber hinaus ist es für uns wichtig, mit diesen oft sehr engagierten Praktikern in Verbindung zu bleiben und über neue Entwicklungen informiert zu werden.

### **Schlussbemerkungen**

Zusammenfassend möchte ich dafür werben, den Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht als „Entweder-oder“ zwischen Repression und Aufklärung zu verstehen. Meiner Einschätzung nach gibt es hier kein „Entweder-oder“, sondern nur ein „Sowohl-als auch“. Repression ist sowohl effizient als auch auf symbolischer Ebene äußerst wichtig. Diejenigen, welche die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft bekämpfen, müssen auch mit repressiven Maßnahmen wie zum Beispiel Vereinsverboten rechnen – das ist eine klare Botschaft der wehrhaften Demokratie. Auf der anderen Seite bedarf es der diskursiven Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Jedes Tabu birgt die Gefahr der Inbesitznahme durch Extremisten. Deswegen gilt es auch, die besseren Argumente zu haben und diese auch zu kommunizieren. Beide Teile – *Repression und Diskurs* – sind notwendig, um Extremismus effizient bekämpfen zu können.